

presse

Fukushima: keine Lösung der Probleme in Sicht

Hiltrud Lotze und Marco Bülow, zuständige Berichterstatter:

Am dritten Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima ist immer noch keine Lösung der Probleme in Sicht. Wir müssen weiter darauf drängen, dass es eine vollständige und konsequente Aufklärung über die Zustände und Folgen in Fukushima gibt.

„Drei Jahre sind seit der Atomkatastrophe von Fukushima ins Land gegangen und noch immer ist keine Lösung der Probleme in Sicht. Niemand weiß, wie es weiter geht: Wir wissen nicht wann keine Gefahr mehr vom Atomkraftwerk Fukushima Daiichi ausgeht, wann kein radioaktives Wasser mehr austritt, wohin mit dem verseuchten Wasser und der verstrahlten Erde, welche langfristigen gesundheitlichen Folgen der Super-GAU haben wird, ob und wann die Umgebung von Fukushima wieder bewohnt werden kann und wie hoch die Gesamtkosten der Katastrophe sein werden. Wir fordern daher endlich eine konsequente Auseinandersetzung mit den Problemen und ein akribisches Vorgehen bei der Beseitigung der Folgen. Zu einer ehrlichen Aufarbeitung gehören aber auch eine transparente Aufklärung und Berichterstattung. Nur so können die Menschen sich ein ehrliches Bild über die Gefahren der Atomkraft machen.

Die Auswirkungen des Unfalls sind so drastisch, dass die Verantwortlichen alles daran setzen, diese zu vertuschen oder zu verharmlosen. Pannen werden heruntergespielt und Strahlenwerte bewusst falsch gemessen. Sie liegen zum Teil zehnmal höher als vom Betreiber Tepco angegeben. Die Untersuchung von gesundheitlichen Auswirkungen beschränkt sich lediglich auf Schilddrüsenerkrankungen, weitere Strahlenfolgen werden nicht dokumentiert. Regelmäßige Untersuchungen für am AKW tätige Menschen gibt es nur für Mitarbeiter/innen von Tepco, nicht aber für die von Fremdfirmen, dabei stellen

die die Mehrheit der dort Beschäftigten. Ärzte, die Untersuchungen vornehmen, die über die vorgeschriebenen Untersuchungen hinausgehen, werden von den Krankenkassen unter Druck gesetzt. Das Interesse ist groß, dass statistisch so wenige Erkrankungen wie möglich mit Strahlung in Verbindung gebracht werden. Kein Wunder, was untersucht wird, bestimmt schließlich die atomfreundliche Regierung und die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO), die laut Satzung „den Beitrag der Kernenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit beschleunigen und vergrößern“ soll. So hat die IAEO im letzten Jahr mit den Präfekturen Fukushima und Fukui eine Vereinbarung unterzeichnet, in der bewusst ein Paragraf zu Geheimhaltungsmöglichkeiten aufgenommen wurde.

Auch Journalisten, die kritisch über Fukushima, Tepco und Atomenergie berichten, werden unter Druck gesetzt. So erklärte die unabhängige Journalistin Oshidori Mako auf einer Pressekonferenz, dass sie mittlerweile auf einer schwarzen Liste der Regierung stehe und observiert würde. Zudem würden die Medien, die ihre Berichte veröffentlichen, von Seiten der Atomlobby und Stromkonzerne unter Druck gesetzt. Letzte gehörten zu den größten Geldgebern der japanischen Printmedien. Diese Form der Einflussnahme und Manipulation durch die Atomlobby ist gefährlich. Wir müssen immer wieder darauf drängen, dass es eine vollständige und konsequente Aufklärung über die Zustände und Folgen in Fukushima gibt. Diesbezüglich hoffen wir, dass uns der ehemalige japanische Premierminister Naoto Kan in der öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses am 19. März 2014 zu dem Thema genauere Auskünfte geben kann.“